

4003/J XXI.GP

Eingelangt am: 12.06.2002**ANFRAGE**

der Abgeordneten Pendl, Dr. Rada
und Genossinnen
an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur
betreffend Platznot an Gymnasien in Baden bei Wien / NÖ.

Im Rahmen der Beratungen zu den Budgets, Kapitel "Unterricht", der Jahre 2001 und 2002 wurde seitens der SPÖ auf die Kürzungsmaßnahmen in diesem Bereich ausdrücklich hingewiesen.

Seit Herbst 2001 sind die Auswirkungen der Budgetbegleitgesetze spürbar, wo etwa 3.700 Lehrerinnen-Dienstposten, 1.300 Bundes- und 2.400 Landeslehrerinnen gestrichen wurden. Das führte zu drastischen Reduzierungen von Bildungsangeboten sowie zu weiteransteigenden Klassenschülerzahlen, insbesondere in den Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Höheren Schulen.

Auch im Rahmen der Beratungen im Nationalrat zum "Bildungsvolksbegehren" wurde auf die verschärfte Situation, was die Klassenschülerzahlen, aber auch das Schulraumangebot betrifft, aufmerksam gemacht.

Konkret wandten sich nun besorgte Eltern aus dem Bezirk Baden bei Wien / NÖ. an Mandatare und an die Öffentlichkeit, die für ihre Kinder entsprechende Schulplätze in Allgemeinbildenden Höheren Schulen suchen. Leider konnten viele Anmeldungen, obwohl die Voraussetzungen gegeben waren, nicht berücksichtigt werden, da diese Schulen aus Platzgründen keine Aufnahmen ermöglichten. So wurden mit Stand vom 16. April 2002 am Gymnasium in der Biondekgasse 197 Anmeldungen registriert, lediglich 150 freie Plätze waren zu vergeben. Im Gymnasium in der Frauengasse wurden über 200 Anmeldungen registriert, wobei es nur 150 freie Plätze gibt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, daß für die Schülerinnen im oben genannten Bezirk entsprechende Schulplätze in den Allgemeinbildenden Höheren Schulen zur Verfügung stehen?
2. Welche Maßnahmen wurden gesetzt bzw. werden Sie setzen, daß bundesweit entsprechende Lehrerinnen-Dienstposten in den Allgemeinbildenden Höheren Schulen und in den Berufsbildenden Höheren Schulen zur Verfügung stehen?
3. Welche Maßnahmen werden Sie im Bereich des Schulneubaus und der Schulraumbeschaffung setzen, um den Andrang im Höheren Schulwesen in Zukunft bewältigen zu können und damit den Schülerinnen den Zugang in jene Schulen, für die sie besondere Fähigkeiten und Interessen mitbringen, sicherzustellen?